Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 224.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 29. März

(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen die Petitzeile 50 Pf., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Amtliches.

Berlin, 28. März. Der König hat dem Oberst-Lt. v. Fassong, Chef des Generalstabes der General-Inspektion der Artillerie, dem Oberst-Lt. und Flügel-Adjutanten v. Stülpnagel, kommandirt bei der Gesandtschaft in München, und dem Oberst-Lt. und Flügel-Adjutanten v. Lindequist den R. A.-O. 3. Kl. mit der Schleife u. Schwertern am Ringe, dem Generalarzt 2. Klasse und Corpsarzt des IX. Armee-Corps, Dr. Cammerer, den K. Kr.-O. 2. Kl. mit Schwertern am Ringe, dem Geh. Justiz- und Kammer-Ger.-R. Hecker zu Berlin den K. Kr.-O. 2. Kl., dem Ober-Stabsarzt 2. Kl. und Reg.-Arzt Dr. Bussenius beim 4. Thür. Inf.-Reg. Nr. 72, dem Ober-Stabsarzt 2. Kl. und Garnisonarzt Dr. Gähde zu Magdeburg, dem Ober-Stabsarzt 2. Kl. und Reg.-Arzt Dr. Hahn beim Kaiser Alexander Garde-Gren.-Reg. Nr. 1 und dem Ober-Stabsarzt 2. Kl. und Reg.-Arzt Dr. Beiper beim Ostpr. Kür.-Reg. Nr. 3 Graf Wrangel den Kgl. K.-O. 3. Kl., dem Oberst-Lt. und Flügel-Adjutanten v. Bülow, [illegible] Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Der bei der Oberschl. Eisenbahnverwaltung angestellte K. Eisenbahn-Maschinenmeister Kielhorn zu Stargard in Pommern ist in gleicher Eigenschaft nach Posen versetzt worden.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung.

Berlin, 28. März. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, v. Kameke, Stephan und verschiedene Kommissarien.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die vorläufige Erstreckung des Haushaltsetats des deutschen Reiches für 1877/78 auf den Monat April 1878. — Die Regierung fordert ein Zwölftel der Gesammtsumme des Etats für 1877/78, zuzüglich derjenigen Mehrbeträge, welche zur Erfüllung der auf einen längeren Zeitraum im Voraus fälligen Verbindlichkeiten erforderlich sind.

Abg. v. Schmid (Würtemberg) bezeichnet die Vorlage als eine nicht besonders erfreuliche, er tadelt es, daß der größte Staat des Reiches seinen Landtag während der Dauer der Reichstagssession einberufen habe. Wenn ein anderer Staat das thun würde, so würde das jedenfalls als Partikularismus bezeichnet worden sein.

Abg. Richter (Hagen) beantragt, der Regierung ausdrücklich die Ermächtigung zu geben, die für die Einziehung der Reserven im Monat April nothwendigen Summen zu verwenden. Es werde dafür ebenfalls nur $1/12$ der im vorigen Jahre dafür verwendeten Summe verlangt, obgleich doch viel mehr zur Verwendung kommt.

Präsident Hofmann meint zwar, daß die Ermächtigung im Gesetze enthalten sei; da aber Zweifel obwalten könnten, so empfehle er die Annahme des Richter'schen Antrages.

Das Haus genehmigt den Gesetzentwurf mit dem Richter'schen Amendement.

Darauf wird die Spezialberathung des Etats für 1878/79 fortgesetzt. Aus dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung werden zunächst 5,491,000 Mark zur Anlage unterirdischen Telegraphenlinien von (Berlin) Potsdam bis Köln und von Frankfurt a. M. nach Straßburg i. E. und zur Beschaffung von Telegraphenkabel für die unterirdischen Linien von Hamburg über Bremen, Oldenburg bis Emden und Wilhelmshaven, und von Köln über Koblenz und Trier nach Metz ohne Debatte bewilligt.

Zur Errichtung und zum Anschluß neuer Telegraphenstationen werden 2,400,000 Mk. verlangt, die Budgetkommission schlägt vor, nur 1,200,000 Mk. zu bewilligen.

Referent Hammacher empfiehlt die Annahme dieses Antrages, weil sich in dem letzten Jahre trotz der Vermehrung der Staats-Telegraphenstationen eine erhebliche Abnahme der Depeschenzahl herausgestellt habe. Namentlich unterliege es ernsten Bedenken, eine Vermehrung der Telegraphenstationen an kleinen Orten in dem von der Regierung beabsichtigten Grade eintreten zu lassen.

Lucius plaidirt für die Bewilligung der größeren Summe, weil sie nicht allein zur Neuerrichtung von Telegraphenstationen, sondern zum größten Theil zur Ergänzung und Weiterführung der bereits begonnenen Anlagen verwendet werden soll. Die Abnahme der Depeschenzahl dürfte sich daraus erklären, daß für die allerdings oft weiten Wege zu hohe Botenlöhne gezahlt werden müßten. Die Kosten für das Abtragen der Depeschen sollten nach dem üblichen Tagelohn berechnet, aber nicht Beträge verlangt werden, die ihn oft um das Drei- oder Vierfache übersteigen.

Abg. Berger: Der Antrag der Kommission entspricht den finanziellen Verhältnissen und der Nothlage im Lande. Daß die Summe auch zur Ergänzung bereits bestehender Anlagen verwendet werden soll, ergiebt sich weder aus dem Etat, noch hat der Regierungsvertreter in der Kommission sich dahin geäußert. Berücksichtigen müsse man, daß sich namentlich an kleineren Orten Privateisenbahn-Telegraphen befänden, welche das telegraphische Bedürfniß durch Uebermittelung der Depeschen an die Staatstelegraphen zur Genüge deckten, ohne daß eine erhebliche Vermehrung der Depeschengebühren dadurch eintrete.

Der General-Postmeister: Im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt muß ich den Antrag der Regierung aufrecht erhalten, so schwer mir das auch bei der Autorität, welche die Budgetkommission im Hause genießt, werden mag. Dem Hause ist bereits 1877 eine Denkschrift zugegangen, in welcher der Plan einer Erweiterung des Telegraphennetzes vorgelegt wurde. Darnach hatten wir 1875 neben 6363 Postanstalten nur 1945 Reichstelegraphenanstalten, welche Anzahl weder den Reichs- noch den allgemeinen Kulturinteressen entsprach. Nach der damals vorliegenden letzten europäischen Statistik kam in Deutschland auf 20,355 Einwohner und 263 Q.-Kilometer eine Reichs-Telegraphenstation, in Baiern auf 7280 Einwohner und 115 Q.-Kilometer, in Württemberg auf 6000 Einwohner und 65 Q.-Kilometer, in Belgien auf 10,500 Einwohner und 62 Q.-Kilometer, in England auf 8500 Einwohner und 85 Q.-Kilometer, in Frankreich auf 13,800 Einwohner und 202 Q.-Kilometer, in der Schweiz auf 3375 Einwohner und 54 Q.-Kilometer. Die Eisenbahntelegraphen können das nicht leisten, was die Staatstelegraphen bewältigen, weil sie in erster Linie die Betriebsdepeschen erledigen müssen, so daß die Privatdepeschen oft Verzögerung erleiden. Aus der vorstehenden Statistik ergiebt sich, daß wir andern Kulturstaaten nachstehen. Seitdem ist die Zahl unserer Reichstelegraphen-Stationen auf 3400 gestiegen, so daß uns nach dem vorgelegten Plan augenblicklich noch 850 fehlen. Die verbündeten Regierungen haben mit Rücksicht auf die finanziellen Schwierigkeiten in diesem Jahre nur 600 Stationen gefordert, aber es ist zu berücksichtigen, daß die anderen Staaten in der Zwischenzeit auch fortschreiten, namentlich Frankreich. Die geforderte Summe erstreckt sich selbstverständlich nicht allein auf die Telegraphen-Aemter, sondern auch auf die nothwendige Vermehrung der Leitungen, da der Strom der alten Leitungen dem Zuwachs an neuen Stationen nicht gewachsen ist. Allerdings war im Jahre 1876 die Zahl der Telegramme in Folge der allgemeinen Krisis eine geringere als früher, aber im letzten Jahre hat sich eine nicht unerhebliche Zunahme herausgestellt. Von den geforderten 2,400,000 Mk. werden für Parallelleitungen allein 610,000 Mk. gebraucht, so daß für die neuen Aemter nur 1,790,000 Mk. übrig bleiben. Würden Sie nur die Hälfte bewilligen, so könnten nicht einmal die durch die Neueinrichtungen entstandenen laufenden Ausgaben gedeckt werden, und ich könnte es nur beklagen, wenn diesem frischen fröhlichem Treiben auf telegraphischem Gebiet das rauhe Schicksal der Budget-Kommission ein Ende machte (Heiterkeit). Vom finanziellen und fiskalischen Standpunkte aus mag die Kommission Recht haben, [illegible] punkten auszugeben. Daß sich die neuen Telegraphenstationen gut rentiren, beweist der Umstand, daß sie im Durchschnitt eine Reineinnahme von 1580 Mk. gewähren bei äußerst geringen Betriebskosten, nämlich 120 M. jährlich für den die Telegraphie besorgenden Postsekretär und die unbedeutenden Unterhaltungskosten der Leitung. Jedenfalls wird durch das Fehlen von Telegraphenstationen die Kommunikation äußerst erschwert, namentlich auf dem platten Lande, wo die Brennereien, Vieh- und Getreidehändler u. s. w. ein großes Interesse für die Telegraphie besitzen, ganz abgesehen davon, daß auch den Familien und Festgesellschaften eine nahe Telegraphenstation erwünscht sein muß, um bei Unglücksfällen entfernte Anverwandte telegraphisch herbeirufen, oder telegraphisch frische Viktualien: Hummern, Austern, frische Fische 2c. aus der Stadt requiriren zu können. (Heiterkeit.) Verschiedene deutsche Mittelstaaten wünschen dringend eine Erweiterung des Telegraphennetzes und ich kann deshalb nur dringend um Bewilligung der geforderten Summe bitten. (Beifall.)

Grumbrecht empfiehlt Ablehnung der Mehrforderung, denn die Rentabilität der neuen Stationen sei gar nicht so sicher, als der Generalpostmeister es geschildert. Er wisse z. B., daß verschiedene dieser Stationen jährlich kaum hundert Telegramme beförderten. Jedenfalls empfehle sich bei der Einrichtung neuer Stationen ein langsameres Tempo.

Schröder (Friedberg) ist für Bewilligung der Regierungsforderung, weil nur durch die Errichtung neuer Stationen die Konsequenzen des neuen Worttarifs für den Nahe-Verkehr ausgeglichen werden können.

Richter (Hagen) warnt davor, ein bestimmtes Ressort zu begünstigen, da man alle gleich behandeln müsse. Im Reich existirten allein 5000 Eisenbahntelegraphenstationen, so daß das Bedürfniß nach neuen Stationen kein so dringendes sei und man recht wohl ein langsameres Tempo einschlagen könne, namentlich angesichts der vorhandenen finanziellen Schwierigkeiten. Es empfehle sich, daß die Rivalität zwischen dem Eisenbahn- und Post- und Telegraphenressort aufhöre, da darunter doch nur das allgemeine Interesse leide. (Sehr wahr.) Man müsse prüfen, an welchen Orten überhaupt ein Bedürfniß nach neuen Telegraphenstationen vorhanden sei. Wo keine Post existire, fehle auch der telegraphirende Postbeamte, und sei somit schon hier eine bestimmte Grenze gezogen.

Lasker stimmt für die Forderung der Regierung, weil der Ertrag aus den neuen Stationen das Anlagekapital vollständig verzinst und das Reich in der Entwickelung seiner Telegraphie hinter anderen Staaten nicht zurückstehen darf. Nachdem man früher den vom Generalpostmeister vorgelegten Plan betreffs der Erweiterung des Telegraphennetzes gebilligt, darf man seiner Durchführung keine Schwierigkeiten entgegensetzen.

Windthorst empfiehlt ebenfalls die Forderung der Regierung, weil das platte Land, für das sonst so wenig geschieht, an der Errichtung von Telegraphenstationen ein wesentliches Interesse hat.

Darauf werden gegen den Antrag der Budgetkommission die von den verbündeten Regierungen geforderten 2,400,000 Mk. mit erheblicher Majorität bewilligt.

Die Kommission beantragt ferner folgende Resolution anzunehmen, den Reichskanzler aufzufordern: künftig bei Forderung von Summen für Dienstgebäude anzugeben, inwieweit beabsichtigt wird, in den Dienstgebäuden Dienstwohnungen einzurichten, desgleichen bei Forderungen neuer Raten für Dienstgebäude anzugeben, wie weit die bereits bewilligten Gelder zur Verwendung gelangt sind, und inwieweit sich der Fortgang des Baues in den Grenzen des Gesammtanschlags hält.

Der Generalpostmeister hat gegen die Resolution nichts zu erinnern.

Demmler will sie so fassen, daß schon jetzt eine Uebersicht der verschiedenen Dienstgebäude gegeben werde, welche die Ressorts der Reichsregierung für das nächste Etatsjahr brauchten; dabei sollten zugleich die Zeichnungen mitgetheilt und die Lokalitäten für die Dienstgebäude angegeben werden. Was ferner die Angabe der Verwendung der bereits bewilligten Gelder betrifft, so sei dies theoretisch sehr schön, aber in der Ausführung für die Behörden sehr schwierig. Jedenfalls sei die Annahme dieses Theils der Resolution wünschenswerth.

Der Antrag Demmler wird abgelehnt und die Resolution nach dem Vorschlage der Kommission angenommen.

Zwei weitere Resolutionen, den Reichskanzler aufzufordern: der Etatsaufstellung der Post- und Telegraphenverwaltung künftig eine Berechnung der Ausgaben für Telegraphenanlagen und des unbeweglichen Anlagekapitals der Post- und Telegraphenverwaltung beizufügen; sowie die Erwartung auszusprechen, daß von der Reichsverwaltung beim Ankauf von Grundstücken Kreditverbindlichkeiten nur eingegangen oder übernommen werden, soweit dieselben einschließlich der Baarzahlungen in den Grenzen der bewilligten Summen liegen, oder soweit eine dahin gehende Absicht im Etat ersichtlich gemacht ist, — werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Berathung mehrerer der Budgetkommission überwiesenen Positionen des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Referent Kiefer bemerkt, daß die Budgetkommission bei ihren Berathungen von dem Gesichtspunkte ausgegangen sei, daß die Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit der Armee vor Allem zu erhalten sei, daß aber trotzdem, bei einem seit 1872 um 80 Millionen gesteigerten Ordinarium, einige Abstriche zu ermöglichen waren, worüber sich der Referent bei den betreffenden Punkten einige Bemerkungen vorbehält.

Zu dem Titel: Militär-Aerzte weist Abg. Mendel darauf hin, daß den Offizieren durchgehends Tischgelder gewährt würden, während dies bei den Assistenzärzten, welche doch den Offizieren gleichständen, nicht der Fall sei. Die Aerzte seien durch königliche Verordnung den Offizieren gleichgestellt, und dennoch erhielten die Oberstabsärzte erster Klasse, die Majorsrang hätten, nicht dasselbe Gehalt wie die Majore. Zu einer solchen Zurücksetzung der Aerzte liege keine Veranlassung vor. Eine Aufbesserung der Gehälter der Aerzte sei ohne Erhöhung des Etats möglich. Der Etat weise nämlich 658 Assistenzärzte für die Armee und 32 für die Marine auf; faktisch wären dagegen nur 348 Assistenzärzte vorhanden, es fehlen also ca. 50 Prozent dieser Aerzte. Dieses Manquement sei weder jetzt noch für die nächste Zukunft auszugleichen, zudem sei eine so große Anzahl von Assistenzärzten nicht nothwendig. Wenn das, was hier gespart wird, verwendet würde, um den berechtigten Anforderungen der Militärärzte zu genügen, dann würden wir zugleich dem Uebel steuern, daß so viele höhere Militärärzte aus ihrer Karriere ausscheiden.

Regierungskommissar Major Funk: Die Militärverwaltung erkennt das Bedürfniß an, den Militärärzten eine bessere Stellung zu verschaffen und hat in dieser Richtung bereits viel gethan. In wie weit [illegible] und für die nächste Zeit bestimmte Zusicherung geben. Dies gilt auch von den Tischgeldern der Assistenzärzte. Was die Zahl dieser Aerzte betrifft, so ist die Militärverwaltung der Ansicht, daß dieselbe in dem Etat nicht zu hoch veranschlagt ist, weil Hoffnung vorhanden ist, die Stellen zu besetzen. Wenn dies gelingt, so würde für Krieg- und Friedensfall ein großer Vortheil erreicht werden. Die gegenwärtigen Assistenzärzte reichen nicht einmal für den Dienst im Frieden aus, am allerwenigsten für den Krieg, wo die Reserve- und Kriegslazarethe eine große Zahl Aerzte erfordern. Ohne ernste Schädigung kann die Zahl dieser Aerzte nicht verringert werden. Im Uebrigen liegt der Verwaltung das Interesse der Aerzte ebenso am Herzen wie das der Offiziere.

Abg. Zinn: Die Sache ist so ernst, daß sie einer gründlichen Prüfung seitens der Militärverwaltung bedarf, denn es hängt damit die Besserung der Lage des Sanitäts-Offiziercorps überhaupt zusammen. Wenn der Regierungs-Kommissar gesagt hat, daß er bestimmte Versprechungen nicht abgeben könne, so halte ich dem entgegen, daß es sich hier gar nicht um neue Versprechungen, sondern um die Einlösung eines gegebenen handelt, da ja durch k. Verordnung das Sanitäts-Offizier-Corps den Offizieren gleichgestellt ist. Will die Verwaltung Aerzte für den Krieg haben, dann muß sie ihnen auch eine Stellung geben, welche es ihnen möglich macht, im Dienst zu verbleiben.

Abg. Lucius will sich aller besonderen Anträge in dieser Angelegenheit enthalten, weil nach der allgemeinen Finanzlage eine Erhöhung des Etats nicht zulässig ist, er erkennt aber die Berechtigung der Militärärzte zu einer Aufbesserung heute noch in demselben Maße an wie früher.

Hierauf wird dieser Titel bewilligt.

Zu Kapitel 25 (Naturalverpflegung) Titel 4 (Brod- und Fourage-Verpflegung) beantragt die Budgetkommission für Preußen den Betrag von 2,212,543 Mk., für Sachsen 156,729 Mk., für Würtemberg 8865 Mk. abzusetzen.

Referent Kiefer bemerkt, daß die Kommission mit ihrer Aenderung der Militärverwaltung das Nothwendige keineswegs entziehen wolle, sondern die Differenz komme nur von einer verschiedenen Veranschlagung der Preise her.

Geh. Kriegsrath Horion giebt zu, daß durch den Abstrich der Budgetkommission nach der gesetzlichen Feststellung der Stärke der Armee dieselbe ebensowenig wie die Verpflegung der Truppen alterirt werde. Aber die bisherige Veranschlagung der Naturalienpreise zum Durchschnittspreise der zehn Vorjahre sei eine rationelle, während der jetzigen Kalkulationsmethode der Kommission jede feste Grundlage fehle. Es entspreche auch den Grundsätzen des Hauses z. B. bei Veranschlagung der Zölle und Steuern feste Prinzipien zu beobachten. Er bitte deshalb die Positionen nach der Regierungsvorlage zu bewilligen.

Abg. v. Maltzahn-Gültz meint, für die Kriegsverwaltung könne es ganz gleichgiltig sein, welche Summe hier bewilligt werde, aber man gerathe in das Bodenlose, wenn man von den bewährten Prinzipien der Etatsaufstellung abgehe. Im Interesse der gesunden Weiterentwicklung des Etats bitte er, die Regierungsforderung zu bewilligen.

Abg. Grumbrecht erkennt diesem Abstrich der Kommission keine finanzielle Bedeutung zu, aber man dürfe das Budget nicht in jedem Jahre nach anderen Prinzipien aufstellen und deshalb stimme er dem Antrage des Vorredners bei.

Reichskanzleramtsdirektor Michaelis: Ich hätte gewünscht, daß die Kommission hier die Beobachtung fester Etatsgrundsätze ebenso konsequent festgehalten hätte, wie bei der Veranschlagung der Zölle und Steuern. Wir werden gewiß im nächsten Jahre einen Ausfall an der Tabaksteuer allein im Betrage von 2 Millionen haben, und trotzdem hat die Kommission in strenger Beobachtung der bisherigen Prinzipien den Voranschlag der Regierungen um fünf Millionen erhöht. Heute weicht sie von den festen Etatsgrundsätzen ab und veranschlagt eine Minderausgabe, von deren Hinlänglichkeit sie nicht voll-

ständig überzeugt sein kann. Die so hervorgerufene Unsicherheit in den Einnahmen und Ausgaben ist von hoher finanzieller Bedeutung und wird zunächst bei § 3 des Etatsgesetzes ihre Konsequenzen äußern. Dort ermächtigen Sie die Reichsregierung zur Ausgabe von 24 Millionen Schatzanweisungen zur vorübergehenden Deckung derjenigen Bedürfnisse, welche hervortreten dadurch, daß der Eingang der Einnahmen nicht vollständig kongruirt mit der Fälligkeit der Ausgaben. Bei dieser Summe ist die Möglichkeit eines Defizits von 7 Millionen, welches durch die jetzige Etatsaufstellung wahrscheinlich entstehen wird, nicht in Betracht gezogen. Sie müssen also der Regierung größere Vollmachten geben und dadurch kommen Sie immer mehr zu einer regelmäßigen schwebenden Schuld, was Sie gewiß nicht wünschen. Deshalb nehmen Sie die Regierungsvorlage an.

Abg. v. Benda glaubt, daß die Reichsregierung viel mehr Schuld an der Wandelbarkeit der Etatsgrundsätze trage als die Budgetkommission. Gerade diesen Kommissionsantrag halte er für ungefährlich, weil die Militärverwaltung aus den Bewilligungen des Vorjahres einen großen Betrag in dieses Etatsjahr mitnehme. Obwohl auch er für die Beobachtung fester Etatsgrundsätze sei, so werde er doch in Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses entgegen seinem Votum in der Kommission für den Kommissionsantrag stimmen.

Die Kommissionsanträge werden angenommen.

Bei Tit. 6 (Zur baulichen Unterhaltung der Magazingebäude 2c.) werden im preußischen Militäretat 150,000 M. abgesetzt, ebenso bei Kap 27 Tit. 14 (Zu größeren Kasernenretablissementsbauten 2c.) für Preußen 175,000 Mark und für Württemberg 15,000 Mark; ferner bei Kap. 29 Tit. 16 (Zur Unterhaltung der Lazarethgebäude 2c.) für Preußen 161 400 Mark.

Bei Kap. 35 Tit. 18 (Kadettenanstalten) weist Abg. Gerhard auf die unklare Stellung der Unterbeamten dieser Anstalten hin, ein Zwitterding zwischen Zivilanstellung und militärischem Amt. Die betreffenden Beamten trugen die Nachtheile beider Kategorien.

General-Major v. Voigts-Rhetz verspricht, daß diese Verhältnisse in Erwägung gezogen werden sollen.

Die übrigen Positionen des Militäretats, welche der Budgetkommission überwiesen waren, werden ohne Debatte nach den Kommissionsanträgen bewilligt.

Sodann kommen einige Positionen des Extraordinariums, welche derselben Kommission überwiesen waren, zur Berathung.

Für die Ausgrabungen in Olympia wird eine vierte Rate im Betrage von 150,000 Mk. gefordert.

Abg. Reichensperger (Crefeld) tadelt es, daß das Haus nicht durch eine Denkschrift über diese Ausgrabungen auf dem Laufenden erhalten werde. Man werde im nächsten Jahre diese Position prüfen müssen. Uebrigens machten wir dabei ein schlechtes Geschäft, da wir sämmtliche Kosten der Ausgrabungen trügen, ohne etwas von den ausgegrabenen Originalen zu erhalten; wir bekämen nur Gypsabgüsse.

Präsident Hofmann erklärt, daß dem Hause noch vor der 3. Lesung des Etats die gewünschte Denkschrift zugehen werde.

Die Position wird bewilligt.

Bei dem Kapitel „Münzwesen" kündigt Abg. Schröder (Lippstadt) eine Resolution an, welche die Regierung auffordern soll, den Silberverkauf zu sistiren und mit der Ausprägung von Silbermünzen vorzugehen; er stellt dann unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses eine retrospektive Kritik der Goldwährung an und bedauert, daß Deutschland sich nicht dem lateinischen Münzsystem angeschlossen habe. Redner bemerkt dann, daß der Abg. Bamberger, der sich immer gleich persönlich angegriffen fühle, wenn man die Goldwährung angreife, einige Worte in seiner Rede vom 22. Februar gestrichen habe; er habe also keine Berechtigung mehr, Anderen Vorlesungen über die Korrektur der Stenogramme zu halten, wie er dies ihm gegenüber einmal gethan. Redner kritisirt dann einzelne Stellen der Rede des Abg. Bamberger, die sich auf ihn, den Redner, persönlich bezogen. Nachdem er die Nachtheile der Goldwährung im Einzelnen durchgesprochen, behauptet er, daß entgegen der Ansicht des währung nicht beneiden, sondern biten Deutschland um seine Goldsein Silber so verschleudert habe.

Geh. Ober-Regierungsrath Michaelis erwidert, daß eine Sistirung der Münzreform oder eine Umkehr zum alten System viel schwerere Opfer erfordern würde, als die jetzige Reform. Das Volk habe mit beiden Händen nach der Goldwährung gegriffen, das beweise besonders die Ausstoßung der Thalermünzen aus dem Verkehr und das Uebergehen des Goldes in denselben, welches letztere sich mit großer Vehemenz vollzogen habe. In den öffentlichen Kassen sei festgestellt worden, daß am 30. September 1876 auf 100 Mark Thalermünzen 450 Mark Goldmünzen kamen, am 31. Oktober 1877 aber auf 100 Mark Thalermünzen 810 Mark Goldmünzen. Die Ausprägung von Reichsgoldmünzen beträgt 1573 Millionen Mark, daneben findet sich ein Bestand von 90 Millionen Mark in Goldbarren; dagegen sind eingezogen 970 Millionen Mark Silber- und 90 Millionen Mark Goldmünzen, so daß sich also der Münzenumlauf um 602 Millionen Mark erhöht hat. Der Abfluß von Goldmünzen nach auswärts ist immer unverändert zurückgekommen. Die große Absorption der Edelmetalle in den Verkehr beweise, daß viele Gewerbetreibende jetzt mehr auf Kassa hielten, und das sei ein erfreuliches Resultat.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Bamberger: Der Abg. Schröder hat mir vorgehalten, ich hätte an meiner Rede vom 22. Februar Aenderungen oder Abstriche vorgenommen. Ich habe hier das Stenogramm jener Rede, aber weder ich noch irgend ein anderer Kollege habe irgend eine derartige Stelle entdecken können; auch der Abg. Schröder, dem ich das Manuskript auf seinen Platz geschickt habe, hat dieselbe nicht finden können. (Hört! Hört!) Ich werde das Stenogramm auf den Tisch des Hauses niederlegen, damit andere Herren vielleicht mit schärferen Augen die Stelle entdecken können. Ebenso wie ich auf eine sachliche Erwiderung verzichte, unterlasse ich es auch auf die persönlichen Bemerkungen des Abg. Schröder einzugehen und glaube, daß das Haus, die Fraktionsgenossen des Redners eingeschlossen, meine Gründe zu würdigen wissen werde.

Abg. Schröder (Lippstadt) bemerkt, daß er sich einige Worte aus der Rede des Abg. Bamberger notirt, dieselben aber im Abdruck derselben nicht gefunden habe. Es sei ja möglich, daß dieselben am Stenographentische nicht gehört worden, wie es ihm gegangen; er habe damals die fehlenden Worte zufügen wollen, das sei aber nicht gestattet worden.

Das Kapitel wird genehmigt.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus.

Bei Gelegenheit der Feststellung der Tagesordnung bittet Abg. Braun den Präsidenten, den Kiepert'schen Antrag, betreffend die Denaturirung des Spiritus zu gewerblichen Zwecken, baldigst auf die Tagesordnung zu setzen. Im Bundesrathe beschäftige man sich den Zeitungsnachrichten zufolge mit der Frage einer Uebergangsabgabe von Essig, die mit dieser Sache im engsten Zusammenhang stehe. Er protestire dagegen, daß diese Angelegenheit ohne Zustimmung des Reichstages geregelt werde, und er thue dies schon jetzt, damit man nachher nicht einwenden könne, es sei bona fide geschehen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Nothetat und Spezialberathung des Etats, sowie einige kleinere Gesetze.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 28. März.

— Der bisherige Handelsminister Achenbach trat im Jahre 1873 als Nachfolger des Grafen Itzenplitz in sein Amt ein, hat dasselbe also beinahe fünf Jahre geführt. Während dieser Zeit ist das Eisenbahnwesen in eine bedeutende Entwickelung getreten. Nach der vorhandenen Statistik umfaßte das Eisenbahnnetz in Preußen im Jahre 1872 nicht ganz 13,000 Kilometer; im Jahre 1877 war es auf 18,000 gewachsen. Faßt man allein die Staatsbahnen ins Auge, so sind dieselben seit 1873 um 418 Meilen oder mehr als 3000 Kilometer erweitert worden. Der zurücktretende Minister darf also das Zeugniß beanspruchen, daß er der Idee des Staatsbahnwesens und der Steigerung des Einflusses desselben nach Kräften gedient hat. Auf dem gewerblichem Gebiete ist zu bemerken, daß unter Mitwirkung des bisherigen Handelsministers u. A. das Hülfskassengesetz und das Patentgesetz zu Stande kamen, ebenso die dem Reichstage jetzt vorliegenden Gewerbenovellen, die den im vorigen Jahre von der Mehrheit des Reichstages kundgegebenen Anschauungen entsprechend ausgearbeitet sind. Dr. Achenbach wurde wie Camphausen zu denjenigen Ministern gerechnet, welche den schutzzöllnerischen Strömungen einen Damm entgegenstellten und nicht der Ansicht waren, daß der Nothstand unserer Industrie durch ein Verlassen der Grundsätze der alten preußischen Zollgesetzgebung geheilt werden könne.

Herr Maybach, der bekanntlich als Achenbach's Nachfolger gilt, ist geborner Westfale, und steht seit Langem inmitten der Eisenbahnverwaltung. Als Regierungsassessor bei der Westfälischen Bahn angestellt, wurde er vom damaligen Handelsminister v. d. Heydt beauftragt, die Verhandlungen wegen des Ankaufs der Oberschlesischen Bahn durch den Staat zu leiten. Maybach wurde nachher mit der Direktion der Ostbahn betraut und fungirte als Staats-Kommissarius bei der Tilsit-Insterburger Bahn, um später als vortragender Rath an das Handelsministerium berufen zu werden. Bei der Annexion Hannovers wurde er zum Präsidenten der hannoverschen Staatsbahnen und später nach dem Rücktritt des Geh. Raths Scheele zum Präsidenten des Reichseisenbahnamts ernannt. Die Ruhe, welche nach Annahme des bekannten Gesetzes wegen Uebertragung der preußischen Bahnen auf das Reich, sowie in der Durchführung des Reichseisenbahnprojekts eintrat, veranlaßte Herrn Maybach von seinem, bis heute noch nicht wieder besetzten Posten zurückzutreten, und wurde er auf direkte Anordnung des Reichskanzlers zum Unterstaatssekretär im Handelsministerium ernannt. Diese Ernennung wurde schon damals bei den zwischen Achenbach und Maybach stattgehabten Differenzen als das erste Anzeichen betrachtet, daß Achenbachs Stellung erschüttert sei, und Herr Maybach binnen nicht zu langer Zeit dessen Erbschaft antreten werde.

Ueber die Thätigkeit des neuen Finanzministers Hobrecht als Oberbürgermeister von Berlin wird Nachstehendes berichtet:

Hobrecht hat während seiner fast sechsjährigen hiesigen Thätigkeit, unterstützt von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung, ununterbrochen als ein wesentliches Ziel seiner Leitung den Uebergang sämmtlicher wichtigen, den städtischen Interessen dienenden Einrichtungen aus den Händen der staatlichen Behörden, besonders aber des hiesigen Polizeipräsidiums, in die Verwaltung der städtischen Behörden im Auge gehabt. Dem hiesigen Polizeipräsidium waren und sind noch bekanntlich wesentliche Theile der städtischen Verwaltung, die in allen anderen Städten Preußens ausschließlich den städtischen Behörden obliegen, überwiesen. Den taktvollen, stets den Weg einer versöhnlichen Vermittlung einschlagenden Bemühungen Hobrecht's gelang es, in denjenigen Kreisen unserer Staatsregierung und des Hofes, welche früher der Förderung der hiesigen städtischen Interessen völlig unzugänglich gewesen waren, Stützen gegenüber dem um die Erhaltung seines Einflusses in städtischen Sachen besorgten Polizeipräsidium sich zu verschaffen und derselben auch, theilweise mit Erfolg, zu bedienen. Als Hobrecht in sein Amt als Oberbürgermeister von Berlin eintrat, stand noch der Betrieb der berliner Wasserwerke, unter der Aufsicht des Polizeipräsidenten, und die Straßenpolizei (d. h. Feststellung der Straßenfluchtlinien 2c.) so wie die Straßenreinigung waren noch in den Händen des Polizeipräsidiums, welches jährlich von den städtischen Behörden die zur Unterhaltung dieser Institute nöthigen Summen sich bewilligen ließ. Nach dem Uebergang der Wasserwerke in den Besitz der Stadt gelang es den Bemühungen des Oberbürgermeisters, daß die Befugnisse des Polizeipräsidenten als Staatskommissars bei den Wasserwerken aufgehoben resp. auf die städtischen Behörden übertragen wurden. Im Jahre 1875 erfolgte nach langwierigen Kämpfen zwischen Magistrat und Polizei der Uebergang der Straßenreinigung, welche bis dahin mit der Feuerwehr verbunden war, in die städtische Verwaltung, dagegen sind die Bemühungen des Oberbürgermeisters und des Magistrats für den Uebergang der Feuerwehr in die städtische Verwaltung bis heute völlig erfolglos geblieben. Im Jahre 1876 gingen die Straßen Berlins vom Fiskus in das Eigenthum der Stadt und die Straßenbaupolizei vom Polizeipräsidium in die städtische Verwaltung über. Dagegen gelang es bisher trotz der vielfachen Bemühungen des Oberbürgermeisters nicht, die eigentliche Baupolizei (d. h. die polizeiliche Genehmigung zur Herstellung von Bauten 2c.) von dem Polizeipräsidium in die Stadtverwaltung herüber zu führen. Durch die vom Oberbürgermeister eifrig geförderte Errichtung eines eigenen städtischen Viehhofes ist der Weg zu dem Uebergang der Marktpolizei in die städtische Verwaltung gebahnt. Ebenso ist durch die Bildung einer städtischen Kommission für Gesundheitspflege und durch die erfolgreiche Thätigkeit derselben auf dem Gebiete der Krankheitsstatistik, der Untersuchungen des Brunnenwassers 2c. die Sanitätskommission des Polizeipräsidiums fast völlig auf den Sand gesetzt und der Uebergang der Sanitätspolizei in die Stadtverwaltung angebahnt.

— Der Bundesrath hielt heute (27. d.) die angezeigte Plenarsitzung im Reichskanzleramt unter Vorsitz des Präsidenten Staatsminister Hofmann. Vorlagen betreffend die eingetretenen Veränderungen in dem Bestande der vom Reich durch besondere Rechtstitel erworbenen Grundstücke, sowie eine Denkschrift über zwei bewaffnete Angriffe auf kaiserliche Konsularbeamte in Leon, Nicaragua wurde den Ausschüssen überwiesen. Seitens des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen wurde Bericht über die Erhebung einer Uebergangsabgabe vom Essig erstattet. Es folgte mündlicher Bericht der Ausschüsse über die Anträge Württembergs, Mecklenburg-Strelitz's und Hamburgs, betreffend die Erstattung der Kosten für Kasernements-Einrichtungen. Die Anträge werden abgelehnt; daran schlossen sich weitere mündliche Berichte der Ausschüsse über die Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über den Gewerbebetrieb der Maschinisten auf Seedampfschiffen, sowie über eine Eingabe, betreffend das großherzoglich hessische Gesetz über die Besteuerung des Weines vom 9. Dezember 1876

Paris, 26. März. Der „N. Ztg." geht unter vorstehendem Datum folgendes Telegramm zu:

Der Direktor der Berliner Akademie der bildenden Künste Anton von Werner, welcher gestern Abend hier eingetroffen ist, wurde heute Morgen vom deutschen Botschafter Fürsten Hohenlohe empfangen und stellte sich darauf dem General-Direktor der Weltausstellung Krantz und dem Direktor der auswärtigen Sektion Berger vor. Der Dekorateur Gedon aus München ist ebenfalls hier angelangt, um die Anordnungen des Direktors v. Werner und seiner Kollegen betreffs der Dekorirung des deutschen Ausstellungssalons auszuführen.

Konstantinopel, 20. März. Der Korrespondent der „N.-Ztg." schreibt seinem Blatte unter vorstehendem Datum Folgendes:

Ich glaube auf das, was man mit großer Hartnäckigkeit in Betreff eines der Pforte von russischer Seite her angebotenen Schutz- und Trutzbündnisses zu behaupten beabsichtigt, hier nicht näher eingehen zu sollen, weil es ersichtlich der thatsächlichen Unterlage entbehrt. Am wenigsten im gegenwärtigen Augenblicke wird Rußland es seinem Interesse für angemessen erachten, eine derartige, auf Gegenseitigkeit beruhende Stipulation mit der Pforte abzuschließen. Im Großen und Ganzen bleibt der Eindruck vorherrschend, als trage der Vertrag von San Stefano, an dessen Wortlaut, wie bekannt, noch nachträglich Vieles geändert und gemodelt wurde, überwiegend nur einen provisorischen Charakter an sich. Wenn ich Ihnen in meinem letzten Brief schrieb, daß die Pforte dem Ansinnen Rußlands, eine Truppendivision behufs Einschiffung nach Bujukdere vorzuschieben, ihr Veto entgegengestellt habe, so bin ich heute veranlaßt einzuräumen, daß diese Angelegenheit eine Wendung erfahren hat, in deren Folge die russischen Bataillone nun dennoch auch das Ufer des oberen Bosporus in den Kreis ihrer Aufstellung hineinziehen werden. Schon in den nächsten Tagen dürften Bujukdere und Therapia von den Russen besetzt werden. Bezeichnend für die russischerseits ins Auge gefaßten Eventualitäten ist es, das vor einigen Tagen die Dampfyacht „Eyreklik" aus Odessa mit einer schweren Ladung, bestehend aus Torpedo's, an der Münbung des Bosporus eintraf und bei Bujukdere vor Anker ging. Man schließt wohl nicht mit Unrecht daraus, es habe Rußland die Absicht, im Falle des Bruches mit England, die Meerenge sofort durch dieses Mittel zu schließen und der englischen Flotte den Eintritt in das Schwarze Meer zu wehren. — Suleiman Pascha ist vorgestern hier eingetroffen. Er wurde, wie es heißt, unter starker Bedeckung vom Bord des Schiffes aus, welches ihn hierher gebracht hatte, nach dem Seraskerat übergeführt, wo er nun in enger Haft gehalten und von jedem Verkehr abgesperrt wird. Die Einleitung seines Prozesses ist im Werke und scheint es, als ob außer Anklagen, die sich auf seine Armeeleitung beziehen, auch noch andere, politischer Natur wider ihn erhoben werden sollten. Wir haben hier außerordentlich rauhes Wetter. Der in der Nacht vom 18. zum 19. März wüthende Orkan scheint alle Telegraphen-Linien hart mitgenommen zu haben. Die neuesten Zeitungen brachten keine auswärtigen Depeschen und auch heute dürfte die Verbindung noch nicht wieder hergestellt worden sein.

Bukarest. Die „bessarabische Frage" bietet ein unerschöpfliches Material. Die „Pol. Korr." meldet aus Bukarest vom 20. d.:

Die bessarabische Frage — deren Geschichte, wenn es so fortgeht, schon demnächst ganze Folianten umfassen wird — hat abermals eine neue Phase durchgemacht. Vorgestern Nachts hatte die Regierung die sämmtlichen Deputirten und Senatoren zu einer geheimen Versammlung eingeladen, weil sie den Vertretern der Nation eine Mittheilung zu machen habe. Als die Herren versammelt waren, ergriff nicht etwa ein Militär, sondern der der Regierung ganz ergebene Deputirte Dimancea (ein Neffe des Ministerpräsidenten Joan Bratianu) das Wort und suchte darzulegen, daß, nachdem keine einzige europäische Macht dem Verlangen Rußlands nach Wiederzurückerstattung Rumänisch-Bessarabiens einen Widerstand entgegenstelle, es vielleicht denn doch angezeigt sein dürfte, den von Rußland beantragten Tausch mit der Dobrudscha ins Auge zu fassen. Ueber dieses Ansinnen brach in der Versammlung ein wahrer Sturm des Unmuthes aus. Mehrere Senatoren und Deputirte ergriffen höchst aufgeregt das Wort, um jeden Gedanken an den erwähnten Tausch im Namen des Landes indignirt zurückzuweisen und mit aller Verve zu erklären, daß die Kammer von ihrem in der bessarabischen Frage einstimmig gegebenen Votum nicht zurückkommen, sondern jenen Beschluß mit allen ihren Kräften aufrechterhalten werde. Die allgemeinste Zustimmung der Deputirten und Senatoren begleitete diese bündige Erklärung, und war die Aufregung wider den Deputirten Dimancea, der es gewagt einen solchen Antrag zu stellen, eine so hochgehende geworden, daß Ministerpräsident Bratianu sich gezwungen sah, vermittelnd und beschwichtigend einzugreifen, indem er der stark emotionirten Versammlung zu Gemüthe führte, daß der Deputirte Dimancea keinen Antrag gestellt habe und keinen Beschluß hervorrufen wollte, sondern daß derselbe nur seine Meinung ausgesprochen habe.

Nun wurde stürmisch verlangt, der Minister des Aeußeren solle sprechen und Aufklärungen geben; Herr Cogalniceanu seinerseits erklärte, er könne gar nichts sagen. Dafür erhob sich der Kultusminister Khitzu und wollte das Wort ergreifen, um der Versammlung offen zu sagen, wie die Dinge eigentlich ständen; allein er wurde von dem Minister des Aeußeren am Sprechen gehindert, der ihm bedeutete, daß er (Khitzu) Minister sei und folglich nichts sagen dürfte, worauf Khitzu erwiderte, er sei zuerst Rumäne und dann erst Minister und gebe hiermit als Letzterer seine Demission, da er als Rumäne niemals in den Gebietsaustausch willigen werde. Stürmischer Beifall folgte dieser Erklärung, worauf die Versammelten sich zerstreuten, den oben ausgesprochenen festen Willen nochmals energisch betonend.

In den Kreisen der Deputirten und Senatoren zweifelt man nicht im Mindesten daran, daß Rußland die hiesige Regierung zu diesem letzten Versuche moralisch angehalten habe, nachdem bekanntlich Rußland ein großes Gewicht darauf legt, daß ihm Bessarabien von Rumänien freiwillig und unter Beobachtung der hierländigen konstitutionellen Formen abgetreten werde.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 29. März.

+ Das polnische Provinzial-Wahlkomité für Westpreußen hat an Stelle des verstorbenen Reichtagsabgeordneten Sigismund v. Działowski auf Mgowo für die am 24. April angesetzte Ergänzungswahl im Kreise Neustadt-Carthaus den Gutsbesitzer Anton v. Kalkstein aus Pluskowez, Kreis Thorn, aufgestellt. Aus dem Kreise Thorn würden nach der Wahl dieses Kandidaten zwei polnische Reichstagsabgeordnete, L. v. Czarlinski und v. Kalkstein, und ein Abgeordnetenhausvertreter, L. v. Czarlinski, künftig parlamentarisch thätig sein.

— In einer Versammlung von Polen, die am 28. d. in Berlin stattfand, wurde nach der „Germ." der Beschluß gefaßt, zu Händen des Kardinals Ledóchowski ein Ergebenheitstelegramm an Papst Leo XIII. zu senden. Außerdem wurden die polnischen Handwerker und Arbeiter vor der sozialdemokratischen Propaganda gewarnt.

— Der „Dziennik Poznański" erfährt, daß in der angeregten Idee, eine polnische Terminologie für die Justiz und Verwaltung zu schaffen, wahrscheinlich die Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften die Initiative ergreifen und ein Wörterbuch entwerfen wird. Das Blatt wünscht, daß diese Nachricht sich bewahrheite, weil auf diese Weise die in Rede stehende Frage am schnellsten erledigt werde.

— **Prof. Dr. Rymarkiewicz**, der Vorsitzende der Gesellschaft zur Unterstützung der Wissenschaft und des Bildungsvereins, hat sich nach dem „Kuryer" nach Rom begeben, um sich der polnischen Adreßdeputation anzuschließen.

— **Der Patron** der polnischen Gewerbevereine, Geistlicher Wawrzyniak in Schrimm, hat, wie dem „Kuryer" gemeldet wird, aus Gründen, die weder von ihm noch vom Gewerberath abhängen, sein Amt niedergelegt.

r. **Feuer.** In einer Glaser-Werkstätte am Alten Markt entstand gestern Abend 10 Uhr aus noch nicht ermittelten Ursachen ein Brand. Die Feuerwehr eilte rasch zur Stelle, doch war es inzwischen bereits gelungen, den Brand zu löschen.

□ **Grätz**, 26. März. [Ueberhandnahme der Bettelei.] Im Monat Januar und Februar sind von dem hiesigen Polizei-Richter 40 hier aufgegriffene Personen wegen Bettelns resp. Landstreichens zusammen zu 241 Tagen Haft verurtheilt und 14 von ihnen der Landespolizeibehörde überwiesen worden, ein Beweis, wie sehr diese Plage überhand nimmt, die trotz des Eingreifens der Polizei nicht zu hemmen ist.

4' **Pleschen**, 27. März. [Feuer. Tödtliche Folgen

[...] Rev[...]e in Gluski. [Theater.] Am 25. d. M., Mittags, bra[...] auf dem Rittergute Skrzypno, Herrn Kirschstein gehörig, der Schafstall ab. Da sich der Schäfer und seine Leute in der Kirche befanden, und den Stall abgeschlossen hatten, so konnten nur einige 30 Schafe gerettet werden, wogegen 750 Stück in den Flammen umkamen. Das Feuer soll aus Rache angelegt gewesen sein. Gebäude und Inventarium waren versichert. — Vor einigen Tagen verstarb im hiesigen Lazareth der herrschaftliche Schmied aus Gluski in Folge des Schusses, welchen er beim Ausgraben eingeschmuggelten und getödteten Rindviehs in der Nähe der Grenze bei Czechal von einem Infanteristen erhalten hatte. — Gestern beendete die Lehmann'sche Schauspieler-Gesellschaft die am 5. d. M. begonnenen Vorstellungen, um sie in Ostrowo fortzusetzen. Die Aufführung der Lustspiele: „Mein Leopold", „O diese Männer", „Lockere Zeisige", „Der Veilchenfresser", „Ultimo" u. s. w., das gewandte Spiel, die untadelhafte Haltung der Mitglieder, sowie die elegante Ausstattung der Toiletten zogen allabendlich aus Stadt und Land ein zahlreiches Publikum herbei. An den 3 letzten Abenden gastirte in „Vicomte von étorières", als Vicomte, Eine neue Magdalena, als Margueritte Gauthier, und in Medea, als Medea, Fräulein Auguste Baison vom deutschen Theater in St. Petersburg, die sich bei vortrefflicher Unterstützung der Gesellschaftsmitglieder des ungetheilten Beifalls zu erfreuen hatte. Wenn hiermit Direktor Lehmann und seiner Gesellschaft für die genußreichenden Abende der beste Dank ausgesprochen wird, so wollen wir ihn zugleich bitten, Pleschen im nächsten Winter mit seiner Gesellschaft wieder besuchen zu wollen.

F. **Aus dem Kreise Kröben**, 27. März. [Schulhausbau. Marktpreise. Jahrmarkt.] Im Laufe dieses Jahres soll in Szkaradowo ein zweiklassiges Schulhaus, mit den Nebengebäuden auf 21,209 Mk. veranschlagt, gebaut werden. Zur Vergebung der Ausführung der Bauten findet den 2. k. M. im Schulhause zu Szkaradowo ein Termin statt. — Die neusten Marktpreise der Stadt Rawitsch stellen sich wie folgt: Je 100 Kilo Weizen 18,50 bis 20,50 Mark Gerste 14 bis 16 M., Roggen 12 bis 13,50 M., Hafer 12 bis 13,50 M., Hirse 11 bis 13 M., Erbsen 15 bis 17 M., Kartoffeln 3,20 bis 4 M., 600 Kilo Stroh 15 bis 18 Mk., 50 Kilo Heu 2,10 bis 2,50 M., ½ Kilo Butter 90 Pfg. bis 1,10 Mk., das Schock Eier 1,80 Mark, 3 Raummeter hartes Holz 25, weiches 21 M. — Der gestern in Jutroschin abgehaltene Jahrmarkt war nach Aussage der Handelsleute ein schlechter. Auf dem Viehmarkte waren Pferde, Rind- und Schwarzvieh massenhaft zum Verkauf aufgetrieben, doch fehlte es an reger Kauflust, weshalb die Preise billig waren. Auf dem Krammarkte war die Geschäftslosigkeit noch bedeutender. Viele Handelsleute haben nicht einmal ihre Kosten decken können.

Wongrowitz, 25. März. [Kreissparkasse.] Bei der letzten Kreistagssitzung ist die Errichtung einer Kreissparkasse fast einstimmig beschlossen und eine Kommission mit der Ausführung des Beschlusses betraut worden.

Aus dem Gerichtssaal.

* A. C. * **Berlin**, 29. März. In einer Untersuchung wider den Agenten T. zu Posen wegen qualifizirter Urkundenfälschung und Betruges waren der ehemalige Referendarius Dr. J. und sein Bruder, der ehemalige Bautechniker J. betheiligt. Der Referendarius hatte einen Wechsel durch wesentliche Zusätze gefälscht und der Bautechniker von diesem Wechsel Gebrauch gemacht. Beide Brüder wurden von dem Schwurgericht zu Posen unter der Annahme milderer Umstände zu Gefängnißstrafen verurtheilt, nachdem die Geschworenen u. A. die an sie gestellte Frage über die Beweiserheblichkeit des gefälschten Wechsels bejaht hatten. In der Nichtigkeitsbeschwerde gegen das schwurgerichtliche Erkenntniß machten die Brüder geltend, daß die Frage nach der Beweiserheblichkeit der Urkunde als eine Rechtsfrage nicht von den Geschworenen, sondern von dem Gerichtshofe habe beantwortet werden müssen. Das Ober-Tribunal erachtete jedoch diesen Einwand für bedeutungslos und wies durch Erkenntniß vom 6. März 1878 die Nichtigkeitsbeschwerde zurück, indem es motivirend ausführte: „Das Deutsche Strafgesetzbuch hat im Gegensatze zum Preußischen (§ 247) das Moment der Beweiserheblichkeit in die Definition der Urkundenfälschung selbst aufgenommen und dasselbe damit als ein thatbestandliches und demnach der Feststellung durch die Geschworenen unterfallendes Merkmal anerkannt. Demgemäß ist auch in der von den vereinigten Abtheilungen des Senats das königliche Ober-Tribunal für Strafsachen am 5. Mai 1871 ergangenen Entscheidung ausgesprochen, daß es keine Nichtigkeit begründet, wenn die Frage, ob eine Privaturkunde zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit sei, den Geschworenen zur Beantwortung vorgelegt wird.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Leipzig**, 28. März. Der Aufsichtsrath der Leipziger Diskontogesellschaft beschloß heute, nach reichlichen Abschreibungen der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 5 Mark vorzuschlagen.

** **Paris**, Donnerstag, 28. März, Nachm. Bankausweis.

Zunahme.	
Baarvorrath	15,828,000 Frcs.
Portefeuille der Hauptbank und der Filialen	12,463,000 "
Gesammt-Vorschüsse	948,000 "
Guthaben des Staatsschatzes	22,103,000 "
Laufende Rechnungen der Privaten	11,868,000 "
Abnahme.	
Notenumlauf	3,519,000 Frcs.

** **London**, 28. März. Die Bank von England hat heute den Diskont von 2 auf 3 pCt. erhöht. Die Nachricht kommt etwas überraschend, da die letzten Bank-Ausweise eine solche Maßregel und namentlich die Erhöhung um ein volles Prozent nicht signalisirten, man nimmt daher auch an, daß nicht blos finanzielle Erwägungen die Bank-Direktoren geleitet haben dürften, sondern daß es sich dabei um in gewissem Grade politische Maßnahmen handelt, bestimmt, die englische Handelswelt unzweideutig zur Vorsicht zu mahnen und den Abfluß von Gold nach dem Kontinent zu erschweren.

Telegraphische Nachrichten.

Zur orientalischen Frage.

Wien, 27. März. General Ignatieff stattete heute Nachmittag dem deutschen Botschafter einen Besuch ab und dinirte sodann bei dem russischen Botschafter.

Wien, 28. März. General Ignatieff wurde heute von dem Kronprinzen Rudolf und später von dem Erzherzog Albrecht in längerer Audienz empfangen.

Wien, 28. März. Die „Polit. Korresp." bringt folgende Meldungen: Aus Konstantinopel von heute: Die Besorgnisse über die Bedrohlichkeit des Verhältnisses zwischen England und Rußland sind hier im Wachsen. Das Gerücht, daß Großfürst Nikolaus seinen Aufenthalt hier verlängert habe, um die Türkei gegen Konzessionen in Betreff der Kriegsentschädigung zu einer Offensiv- und Defensiv-Allianz zu bewegen, gewinnt an Konsistenz. — Aus Athen von heute: Die türkische Flotte und die türkischen Landtruppen bereiten einen Angriff auf die Aufständischen vom Pelion vor. Das britische Kriegsschiff „Ruby" wird mehrere tausend griechische Flüchtlinge nach Griechenland bringen.

Wien, 28. März. Von der „Polit. Korresp." wird ein Auszug aus einer Note der rumänischen Regierung an ihre Agenten im Auslande veröffentlicht, worin wörtlich erklärt wird, daß das gegenwärtige rumänische Kabinet entschlossen sei, sich in keinerlei Transaktion mit Rußland über die bessarabische Frage einzulassen. Nach einem so formellen und kategorischen Schritte könne nirgends ein Zweifel bestehen an dem festen, aufrichtigen und einmüthigen Beschlusse, nicht zu transigiren. Ferner seien die rumänischen Agenten zu der Erklärung angewiesen, daß die rumänische Regierung den Vertrag von San Stefano, was Rumänien betreffe, nicht als bindend betrachte.

Bukarest, 27. März. Im weiteren Verlauf der Deputirtenkammersitzung hob Jonescu hervor, man müsse eine wohlerwogene Entschließung fassen, er verlange deshalb, daß die Regierung alle auf die bessarabische Frage bezüglichen diplomatischen Schriftstücke vorlege. Er halte eine Umgestaltung des Ministeriums für nothwendig. Der Ministerpräsident Brationo gab hierauf eine Darlegung der Ereignisse seit Beginn der Krisis zwischen Rußland und Rumänien und schloß mit der Erklärung, daß die Regierung in Nichts nachgeben werde, was die Rechte des Landes angehe.

Petersburg, 28. März. Das „Journal de St. Petersbourg" bespricht das jüngste Memorandum der rumänischen Regierung bezüglich der bessarabischen Frage an die Signatarmächte des pariser Vertrages und meint, Rumänien überschätze seinen Rußland geleisteten Beistand. Die Dobrudscha als Kompensationsobjekt übersteige den Werth des zu retrozedirenden Gebietes, welches letztere Rumänien überdies nicht zu exploitiren verstanden habe. Das Zusammenwirken Rußlands und Rumäniens habe die politischen Bande derselben untereinander befestigen sollen, dies werde aber jetzt durch die feindselige Haltung Rumäniens verhindert.

Konstantinopel, 28. März. Der Sultan hat dem Großfürsten Nikolaus und den Generalen Skobeleff und Gurko gestern nach dem Diner den Großkordon des Osmanieordens verliehen. Großfürst Nikolaus hatte eine lange Unterredung mit dem Sultan. Großfürst Nikolaus der Jüngere ist nach Rußland zurückgereist.

Konstantinopel, 27. März. Die Russen haben die Höhen von Bujukdere besetzt. — Auf Ersuchen des englischen Botschafters Layard übermittelte der griechische Patriarch demselben eine statistische Aufstellung über die griechische Bevölkerung des am Balkan gelegenen Theiles von Bulgarien. — An dem heutigen Diner bei dem Sultan im Palast von Dolmabagdsche nahmen außer dem Großfürsten Nikolaus noch mehrere russische Generale, sowie Vefik Pascha, Savfet Pascha, Namyk Pascha, Reouf Pascha und Osman Pascha Theil. — Der Sultan hat dem Großfürsten Nikolaus eine hohe Ordensauszeichnung verliehen. — Der Großfürst beabsichtigt, dem Sultan noch einen zweiten Besuch zu machen. — Türkische Komites beabsichtigen Delegirte nach verschiedenen europäischen Hauptstädten zu senden, um dort die Interessen der muselmännischen Bevölkerung in Bulgarien zu vertreten.

Konstantinopel, 28. März. Die russischen Behörden in Bulgarien haben eine Proklamation erlassen, worin die muselmännische Bevölkerung aufgefordert wird, zurückzukehren und in ihrer Heimath sich ruhig zu verhalten.

Mannheim, 28. März. Das hiesige Schwurgericht hat den Schriftsteller Joachim Gehlsen und den Verleger Magron der durch eine Broschüre begangenen Beleidigung des Kaisers, des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung und der verläumderischen Beleidigung des Reichskanzlers für schuldig erachtet; gegen Gehlsen wurde auf 9monatliche, gegen Magron auf 4½monatliche Gefängnißstrafe erkannt, ebenso wurde die Vernichtung der Broschüre ausgesprochen. Beide Angeklagte waren zu der Schwurgerichtsverhandlung nicht erschienen.

Wien, 28. März. [Herrenhaus-Sitzung.] Bei der heutigen Budgetberathung erklärte der Finanzminister den Ausführungen mehrerer Redner, insbesondere dem Grafen Leo Thun gegenüber, er habe schon vor Jahren vor einer allzu sanguinischen Auffassung der finanziellen Lage gewarnt; durch Ersparungen allein könne man ein Gleichgewicht des Budgets nicht herstellen, man müsse auch die Einnahmen auf ein entsprechendes Niveau bringen. Die Regierung strebe dieses Ziel an und werde es auch erreichen, vorausgesetzt, daß sie nicht gezwungen sei, für die Vertheidigung der Ehre und des Ansehens des Reiches dem Lande neue Opfer aufzulegen. Aber selbst das Letztere würde das angestrebte Ziel nur um ein Weniges hinausrücken können, ohne das Land dem Bankerutte nahe zu bringen, von welchem man gesprochen habe. Zum Schlusse warnte der Minister davor, dem Worte: Bankerutt auch nur einen Augenblick Glauben zu schenken, dasselbe habe keinerlei Berechtigung. Hierauf wurden mehrere Kapitel des Budgets angenommen.

Rom, 27. März. Der Papst hat heute den bairischen Gesandten, Grafen v. Paumgarten empfangen, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte. — Die Deputirtenkammer hat heute die Berathung des Handelsvertrages mit Frankreich fortgesetzt.

Rom, 28. März. Bei der von der Kammer heute vorgenommenen Wahl zweier Vizepräsidenten erhielten Pianciano und Tajani je 113, Rudini 66, Ferraciu 46 Stimmen, es ist in Folge dessen eine engere Wahl nothwendig.

Versailles, 27. März. Die Budgetkommission hat beschlossen, die von dem Senate wiederhergestellten Kreditforderungen der Regierung in der Budgetvorlage einfach zu streichen. — Die Deputirten Gambetta und Floquet beabsichtigen eine Interpellation über die Haltung des Senates in der Budgetangelegenheit einzubringen und eine Tagesordnung zu beantragen, in welcher erklärt wird, daß der Senat, da ihm bei der Diskussion der Budgetvorlage eine Initiative nicht zustehe, auch nicht das Recht habe, von der Deputirtenkammer abgelehnte Kreditforderungen wiederherzustellen.

Brüssel, 28. März. Die Repräsentantenkammer hat heute mit 69 gegen 12 Stimmen die militärischen Kredite bewilligt. Fünf Deputirte enthielten sich der Abstimmung.

London, 28. März. Der bekannte Architekt Scott ist gestorben. — In der Kohlengrube Apedale in Nord-Staffordshire hat eine Explosion stattgefunden, durch welche 30 Personen getödtet wurden.

Plymouth, 27. März. Der Hamburger Postdampfer „Francónia" ist von Westindien hier angekommen.

Southampton, 27. März. Der Dampfer des norddeutschen Llod „Oder" ist hier eingetroffen.

Berlin, 29. März. Das Abgeordnetenhaus nahm in der gestrigen Abendsitzung in dritter Lesung den Nachtragsetat nach den Beschlüssen der zweiten Lesung an und lehnte das Amendement Rauchhaupt, welches betreffs der Ressortirung der Domänen und Forsten die Regierungsvorlage wiederherstellen wollte, bei Namensabstimmung mit 184 gegen 153 Stimmen ab.

London, 29. März. Im Oberhause zeigte Lord Derby an, daß er seine Demission eingereicht habe. Lord Beaconsfield erklärte, Lord Derby habe demissionirt in Folge der Einberufung der Reserven. Im Unterhause erklärte Lord Northcote, die eingegangene russische Antwort spreche bestimmt aus, daß Rußland, indem es den Mächten volle Freiheit zur Appreciation und Aktion auf dem Kongresse lasse, damit sagen wolle, daß jeder Macht die Freiheit zustehe, irgendwelche Frage zwecks Diskussion auf dem Kongreß aufzuwerfen, sich aber die Freiheit vorbehalte, die Diskussion anzunehmen oder nicht.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 28. März. Matt.

[Schluß-Kurse.] Lond. Wechsel 20, 415. Pariser Wechsel 81, 22, Wiener Wechsel 168. 60. Böhmische Westbahn 146⅞. Elisabethbahn 139⅞. Galizier 205⅛. Franzosen*) 212. Lombarden*) 60. Nordwestbahn —. Silberrente 55⅛. Papierrente 51⅞. Russ. Bodenkredit 73¼. Russ. 1872 —. N. Russ. 81. Amerikaner 1885 99⅝. 1860er Loose 104. 1864er Loose 248, 70. Kreditaktien*) 192⅞. Oesterr. Nationalbank 670, 00. Darmst. Bank 107½. Berliner Bankver. —. Frankfur. Wechselbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 73⅞. Hess. Ludwigsbahn 78½. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 147, 00. Ung. Schatzanw. alt 99⅞. do. neue 92¾. do. Ostb.-Obl. II. 61¾. Centr.-Pacific 101⅝. Reichsbank 154¼. Reichsanl. 96¾. Oest. Goldrente 61⅞. Ung. Goldrente 73¾.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 191½, Franzosen 211½, 1860er Loose —, Galizier —, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente —, Neue Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Abends [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 189, Franzosen 290½, 1860er Loose —, Galizier 203½, Ungar. Goldrente 71, ungar. Schatzanweis. I. Emission —, do. II. Emis. —, Lombarden —, österreich. Goldrente —, Silberrente 54⅞, Papierrente —, Reichsbank —, Neueste Russen 79. Sehr matt.

Wien, 28. März. Unbestimmte politische Befürchtungen und die von Berlin gemeldeten matten Kurse drückten sehr empfindlich. Devisen steif.

[Schlußkurse.] Papierrente 61, 80. Silberrente 65, 80. 1854er Loose 107, 20. Nationalbank 794, 00. Nordbahn 1975, 00. Kreditaktien 228, 70. Franzosen 252, 50. Galizier 243 25. Kasch.-Oderberg 102, 50. Pardubitzer 80 50. Nordwestb. 109, 00. Nordwestb. Lit. B. —. —. London 120, 45. Hamburg —, —. Paris 47, 90. Frankfurt —, —. Amsterdam 99, 20. Böhm. Westbahn —. —. Kreditloose 163, 50. 1860er Loose 111, 10. Lombarden 72 75. 1864er Loose 135, 20. Unionbank 62, 25. Anglo-Austr. 96 50. Napoleons 9, 62. Dukaten 5. 65. Silbercoup. 105, 60. Elisabethbahn 167, 00. Ung. Prämienanl. 76, 80. Marknoten 59. 20. Türkische Loose 13,50. Oesterr. Goldrente 73, 70. Ung. Goldrente 88, 00.

Wien, 28. März. Offizielle Notirungen: Silberrente 65, 65, Kreditloose —, Nationalbank 795, 00, Pardubitzer —, Kaschau-Oderberger 101, 50.

Wien, 28. März. Abendbörse. Kreditakt. 226, 50, Franzosen 250,50, Galizier 242,25, Anglo-Austr. 94,75, Lombarden —, —, Silberrente —, —, Papierrente 61. 50, Goldrente 73, 35, Marknoten 59. 55, Ungar. Goldrente 87. 45, Nationalbank 9,67½, Napoleons 9,67½. Elisabethbahn 166, 00. Matt.

Florenz, 28. März. 5 proz. Italienische Rente 79, 85, Gold 21, 97.

Paris, 28. März. Weichend, Börse bewegt.

[Schlußkurse.] 3 pCt. Rente 71, 87½. Anleihe de 1872 108 65, Italienische 5proz. Rente 71, 75. do. Tabaksaktien —, —. do. Tabaksobligationen —, —. Franzosen 526, 25. Lombard. Eisenbahn-Akt. 157,50. do. Prioritäten 234, 00. Türken de 1865 7, 90. do. de 1869 43, 90. Türkenloose 28, 50. Oesterr. Goldrente 62. Ungar. Goldrente 72⅜.

Crédit mobilier 152, Spanier extér. 12⅞, do. intér. 12, Suezkanal-Aktien 732, Banque ottomane 345, Societe generale 468, Credit foncier 640, neue Egypter 148. Oesterr. Goldrente —. Wechsel auf London 25, 15.

Paris, 27. März, Abends. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 72, 35, Anleihe de 1872 109, 25, Italiener 72, 55, Türken de 1865 —, —, Spanier exter. 13, do. inter. —, Banque ottomane —, —, neue Egypter 151, 25, Chemins egypt. —, —, österr. Goldrente 63, ungar. Goldrente 74⅜, Franzosen —, —, Neueste Russen 83⅜. — Ruhig. —

London, 28. März.

Konsols 94 15/16. Ital. 5proz. Rente 71⅜. Lombarden 6¼. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte —. 3prozentige Lombarden-Prioritäten neue —. 5prozent. Russen de 1871 78¼. do. de 1872 80⅛. do. 1873 79⅞. Silber 54⅛. Türk. Anleihe de 1865 7⅞. 5 proz. Türken de 1869 —. 5 proz. Vereinigt. St. pr. 1885. —. do. 5proz. fund. 105¼. Oesterr. Silberrente —. Oesterreich. Papierrente —. 6proz. ungar. Schatzbons 99. 6proz. ung. Schatzbonds II. Emiss. 90½. 6proz. Peruaner 14¾. Spanier 13.

Platzdiskont 2⅞ pCt.

Produkten-Course.

Danzig, 28. März. [Getreide-Börse.] Wetter: schön, aber kalt. Wind: SO.

Weizen loko zeigte heute eine mattere Stimmung bei mäßiger Zufuhr und schwacher Qualität-Auswahl. Die Kauflust war nicht allgemein, doch wurden ungefähr gestrige Preise bedungen. Bezahlt ist für Sommer- 129 Pfd. 202 M., roth krank 122 Pfd. 190 M., roth gesund 129, 130 Pfd. 214, 216 M., hellfarbig mit Bezug 126/7 Pfd. 214 M., hellbunt 117—126 Pfd. 218—225 M., hochbunt und glasig 127—132 Pfd. 224 bis 232 M. per Tonne. Für russischen Weizen war bei matter Stimmung die Kauflust nur schwach vertreten. Bezahlt wurde für Ghirka 112 Pfd. 180 M., roth Winter-feucht 120 Pfd 190 M., roth Winter- 120—129 Pfd. 192—204 M., milde roth blauspitzig 125 Pfd. 193 M., roth milde 123—128 Pfd. 200—205 M., roth milde feucht 122 Pfd 206 M., besserer 122—129 Pfd. 206—210 M., fein roth 130 Pfd. 214 M., bunt krank 117 Pfd. 190 M., glasig 116—119 Pfd. 200 M., Sendomirka bunt 125, 127 Pfd. 220 M., hellfarbig stark besetzt 124 Pfd. 220 M., Sendomirka hellbunt krank 124 Pfd. 223 M., glasig 125, 126 Pfd. 224, 225 M., Sendomirka hellbunt 128/9 Pfd. 232 M., Sendomirka weiß 125, 127 Pfd. 240 M. per Tonne. Termine ohne Angebot, April-Mai 217 M. bez., — Br., Mai-Juni 218 M. Gd., Juni-Juli 222 M. Br., — M. Gd. Regulirungspreis 216 Mark.

Roggen loko matter, inländischer und unterpolnischer 123 Pfd. 135 M., 123/4 Pfd. 135½ M., 124/5 Pfd. 136½ M., 126 Pfd. 138½ M., polnischer 121/2 Pfd. 133½ M., russischer unverändert, 112, 113 Pfd. 125, 126 M. per Tonne bezahlt. Termine unterpolnischer und inländischer April-Mai 135 M. Br., Mai-Juni 136 M. Br. Regulirungspreis 132 M. — Gerste loko matt, nur russische verkauft und für 109 Pfd. 150 M., 103/4 Pfd. 120 M., Futter- 98 Pfd. 113 M., 100 Pfd. 118 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen loko Kochbrachten 150 M., russische Koch- 145 M., Mittel- — M., Futter- — M. per Tonne. — Leinsaat loko russische abfallend 210 M. — Buchweizen loko russische 106 M. — Kleesaat loco russische 140 M. per 100 Kilo bezahlt. — Spiritus loco ist zu 51 M. verkauft worden.

Produkten-Börse!

Berlin, 28. März. Wind: W. — Barometer: 28. — Thermometer: 6° R. — Witterung: Schön.

Weizen loko per 1000 Kilogramm M. 180—220 nach Qualität gef., gelber russischer 202—207 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per April-Mai 206-207—206,5 bezahlt, per Mai-Juni 208—209 bez., per Juni-Juli 211—212—211,5 bez., per Juli-August 211,5—212—211,5 bez. — **Roggen** loko per 1000 Kilogr. 136 bis 150 M. nach Qualität gefordert, russischer 136—141 ab Bahn bezahlt, inländischer 142—146 do., per diesen Monat —, per April-Mai 149,5—150,5—150 bez., per Mai-Juni 146,5—147,5—147 bez., per Juni-Juli 146,5-147 bez., per Juli-August do. — **Gerste** loko per 1000 Kilogr. M. 115 bis 200 nach Qualität gef. — **Hafer** loko per 1000 Kilogramm 95—165 nach Qualität gef., ost- und westpreußischer 120—143, russischer 110 bis 143, pommerscher 130—142, schlesischer 130—145, galizischer —, böhmischer 130—145, feiner russischer 147 bis 152 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 140—141 bez., per Mai-Juni 142,5 bez., per Juni-Juli 144,5 G. — **Erbsen** per 1000 Kilogr. Kochwaare 155—195 nach Qualität, Futterwaare 136—153 nach Qualität. — **Raps** per 1000 Kilogramm —. — **Rübsen** — bez. — **Leinöl** loko per 100 Kilogr. ohne Faß 61 bez. — **Rüböl** per 100 Kilogramm loko ohne Faß 68 bez., mit Faß —, per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 68 bez., per Mai-Juni 68,1 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per September-Oktober 66,3—66,4 bez. — **Petroleum** (raffin.) (Standard white) per 100 Kilogramm mit Faß loko 24,4 bez., per diesen Monat 24 bezahlt, per März-April —, per April-Mai —, per September-Oktober 25,1—24 bez. — **Spiritus** per 100 Lit. à 100 pCt. = 10,000 pCt. ohne Faß 52—52,2 bez., per diesen Monat 51,7 bez., per März-April do., per April-Mai 51,7 bez., per Mai-Juni 52,1—52 bezahlt, per Juni-Juli 53,1—53 bezahlt, per Juli-August 54,1—54 bezahlt, per August-September 54,6—54,5 bezahlt. — **Mais** per 1000 Kilo loko alter 134 bis 145 bez., do. neuer —, defekter moldauer —, def. russischer —, geringer russ. —, rumänischer 134—140 ab Bahn bez., bessarabischer do., def. rumänisch. —. — **Roggenmehl** Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogramm Brutto inkl. Sack per diesen Monat 19,95 bez, per März-April do., per April-Mai 20—19,95 bez, per Mai-Juni 20,20—20,15 bez., per Juni-Juli 20,30 bis 20,25 bezahlt, per Juli-August 20,40 bez. — **Mehl** Nr. 0 28,00—27,00 Nr. 0 und 1 26,50—25,50. Roggenmehl Nr. 0 22,25—20,25, Nr. 0 und 1 19,75—17,75 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack.

(B.- u. H.-Ztg.)

Stettin, 28. März. An der Börse. (Amtlicher Bericht) Wetter: leicht bewölkt. + 4° R., Morgens — 2° R. Barometer: 28. 1. Wind: W.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loko gelber geringer 175 bis 183 M., mittel 185—202 M., feiner bis 208 M., weißer geringer 181—193 M., mittel 194—206 Mk., feiner bis 214 Mk., per Frühjahr 210 M. bez., per Mai-Juni 210—211—210,5 M. bez., per Juni-Juli 212 M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-Oktober 210 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländischer 134—143 M., russischer 134—142 M., per Frühjahr 143,5 bis 144,5 M. bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli 144—143,5-144,5 M. bez., per September-Oktober 144 M. bez. — Gerste matt, per 1000 Kilo loco Brau- 160—172 M., Futter- 120—136 Mk. — Hafer stille, per 1000 Kilo loko alter 146—156 Mk., neuer 120—135 Mk. — Erbsen geschäftslos. — Winterrübsen geschäftslos, per 1000 Kilo, per September-Oktober 299 M. Br — Rüböl matt, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 71,5 Mk. Br., per März [illegible] M. Br., per April-Mai 68,5 M. bez., per Mai 69 M. bez., per September-Oktober 66 Br., 65,5 M. Gd. — Spiritus behauptet, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Faß 50,5 M. bez., mit Faß 50,1 M. bez., per Frühjahr 50,3 M. bez. u. Gd., per Mai-Juni 51,2 Mk. Br. u. Gd., per Juni-Juli 52,1 Mk. bez., Br. und Gd., per Juli-August 52,9—53 Mk. bez., per August-September 53,5—53,6 M. bez., Br. und Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 210 M., Roggen 144 M., Rüböl 69 Mk., Spiritus 50,3 M. — Petroleum loko 11,8—11,75 Mk. bez., Regulirungspreis 11,75 Mk.

(Ostsee-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen. 1878.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
28. März	Nachm. 2	27" 8'''62	+ 3 9	NW 1-2	zheiter St.
28. "	Abnds. 10	27" 8'''31	+ 0 6	SW -1	vheiter
29. "	Morgs. 6	27" 6'''98	+ 1°0	SO 2 3	trübe St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27 März Mittags 3,00 Meter.
" " 28 " " 2,94 "

Berlin, 28. März. Vor der Börse wurden heute Kreditaktien zu den gestrigen Schlußkursen gehandelt; innerhalb der Börse sank die Notiz sofort um einige Mark und gab im Laufe der ersten halben Stunde etwa 4 M. nach, von denen aber 1½ M. rasch zurückgewonnen wurden. Eine scharf ausgeprägte Flauheit kam zunächst nur in russischen Noten zum Ausdruck, in denen größte Posten zu 5 Mark weichenden Kursen abgegeben wurden. Dabei hatte das Geschäft auf diesem Gebiete etwas größere Lebhaftigkeit; auch russische Anleihen geben etwa ein Prozent nach und noch schwächer behaupteten sich die übrigen russischen Papiere. Auf diesem Gebiete, namentlich in russischen Noten hat eine Ueberspekulation stattgefunden, und der Widerstand gegen den Einfluß der politischen Unsicherheit wird immer mehr gebrochen. Dasselbe gilt von Kredit-Aktien, in denen die Stütze der Baissespekulation gänzlich zu fehlen scheint. Abgesehen von diesen Werthen dauerte die Unempfindlichkeit der Spekulation gegen die Gespanntheit der politischen Lage fort und die Tendenz konnte als ziemlich fest bezeichnet werden, das Geschäft blieb aber belanglos. Diskonto-Kommandit-Antheile, Laurahütte und die rumänischen Eisenbahnwerthe behaupteten sich ziemlich gut. Fremde Renten gaben Kleinigkeiten nach, blieben aber im ganzen sehr ruhig; Looseffekten fest. Eisenbahn-Aktien ermatteten theilweise; doch nur in Rheinisch-Westfälischen fanden etwas bessere Umsätze statt. Bank- und Industriepapiere fanden wenig Beachtung. Anlagewerthe lagen fest, namentlich deutsche Anleihen, Pfand- und Rentenbriefe so wie Prioritäten. Ausländische Eisenbahn-Obligationen ermatteten. Geld blieb flüssig. Die zweite Stunde verlief mäßig belebt und matt; namentlich gaben Kreditaktien und russische Noten weiter nach. Ultimo handelte man Franzosen zu 428—5, Lombarden zu 121—120, Kreditaktien zu 387—4,50, Laurahütte zu 73,25 bis 3,60, Diskonto-Kommandit-Antheile zu 116,75—116,25. Görlitzer Stammprioritäten verloren 1,25, Löwe etwa 4 Prozent, Cichorien-Fabrik zog 1,25 an, Halberstädter 0,50, Stettiner 0,40, Hamburger 1,50. Der Schluß war matt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 28 März 1878.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Preußische Fonds und Geld-Course		
Consol. Anleihe	4½	104 60 bz
do. neue 1876	4	96,50 B
Staats-Anleihe	4	96,10 bz
Staats-Schldsch.	3½	92,50 bz
Kur- u. Nm. Sch.	3½	
Od.-Deichb.-Obl.	4½	101,00 G
Berl. Stadt-Obl.	4½	101 60 bz G
do. do.	3½	90,00 bz
Cöln. Stadt-Anl.	4½	102,25 G
Rheinprovinz do.	4½	102,75 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	101 50 G
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,20 bz
do.	5	105,25 G
Landsch. Central	4	95,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	85,00 bz
do. neue	3½	83 50 G
do.	4	94 00 bz
do. neue	4½	102,50 B
N. Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	83,80 B
do.	4	95,10 bz
do.	4½	100,00 bz
Pommersche	3½	83 8[illegible] G
do.	4	94,90 bz
do.	4½	102 00 bz
Posensche, neue	4	94 90 G
Sächsische	4	
Schlesische	3½	85,30 B
do. alte A. u. C.	4	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	83 75 B
do.	4	95 75 bz B
do.	4½	101 10 bz G
do. II. Serie	5	104 90 bz
do. neue	4	
do.	4½	101,00 B
Rentenbriefe:		
Kur u. Neumärk.	4	96,00 bz
Pommersche	4	95,90 bz
Posensche	4	95,90 B
Preußische	4	95,80 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	98 00 bz
Sächsische	4	96 50 G
Schlesische	4	96,00 B
Souvereigens		20,35 G
Napoleonsd'or		
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		16,67 G
do. 500 Gr.		13,94 bz
Fremde Banknot.		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,25 bz
Oesterr. Banknot.		169,10 bz
do. Silbergulden		18[illegible],50 bz
Russ. Noten		203,50 bz

Deutsche Fonds.

Deutsche Fonds		
P.-A. v. 55 à 100th.	3½	138 90 bz
Hess. Prsch. à 40th.	—	242,00 bz B
Bad. Pr.-A. v. 67	4	120,50 bz
do. 35fl.-Obligat.	—	135,00 bz G
Bair. Präm.-Anl.	4	120,20 bz G
Brschw. 20thl.-L.	—	81,75 bz
Brem. Anl. v. 1874	4½	101,80 G
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	110,80 bz
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	116,90 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	107,50 bz
do. II. Abth.	5	106 00 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866.	3	173 25 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	169,75 B
Mecklb. Eisenbsch.	3½	88 bz B
Meininger Loose.	—	18,60 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	105,00 bz
Oldenburg. Loose.	3	138,00 B
D. G.-C.-B.-Pf. 110	5	100,25 bz G
do. do.	4½	92,40 bz G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	100,50 bz G
do. do.	4½	94 90 bz G
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100.25 bz G
Nrdd. Grder.-H. A	5	9375 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	93 50 bz G
Pomm. H.-B. I. 120	5	98,00 G
do. II. IV rkz 110	5	92,75 bz G

Pomm. III. rz. 100	5	88,70 bz G
Pr. B-C-H-Br. kd.	5	100,00 G
do. unk. rückz. 110	5	101,75 bz G
do. do. 100	5	100,60 bz G
Pr. C.-B.-Pfdb. kd.	4½	100,10 bz
do. unk. rückz. 110	5	107,10 B
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A-B 120	4½	95,00 bz G
do. do.	5	94 25 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	98,30 G
do. do.	4½	93,25 G
Stett. Nat.-Hyp.	5	96 50 bz G
do. do.	4½	95,50 G
Kruppsche Oblig.	5	107 30 bz

Ausländische Fonds.

Ausländische Fonds		
Amerik. rckz. 1881	6	101,90 bz G
do. do. 1885	6	99.70 bz G
do. Bds. (fund.)	5	100,00 bz G
Norweg. Anl.	4½	
New-Yrk. Std.-A.	6	104.75 bz B
do. do.	7	107,60 B
Oestr. Gold-Rente	4	61,60 bz
Oestr. Pap.-Rente	4½	51,75 bz G
do. Silb.-Rente	4½	55,10 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	298,90 bz B
do. Lott.-A. v. 1860	5	103,10 bz
do. do. v. 1864	—	247 00 bz
Ung. St.-Eisb.-Akt.	5	69,00 G
do. Loose.	—	147,90 bz B
do. Schatzsch. I.	6	99 50 bz G
do. do. kleine	6	99 50 bz G
do. do. II.	6	92 25 bz
Italienische Rente	5	
do. Tabak-Obl.	6	
do. do. Aktien	6	
Rumänier.	8	90,50 bz
Finnische Loose	—	37,10 bz
Russ.-Centr.-Bod.	5	
do. Engl. A. 1822	5	79,25 bz
do. do. A. v. 1862	5	79,50 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. consol. A. 1871	5	80 10 bz
do. do. 1872	5	80,10 bz
do. do. 1873	5	80,10 bz
do. Bod.-Credit	5	71,50 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	144 75 bz
do. do. v. 1866	5	144,00 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	62 25 bz B
do. 6. do. do.	5	77,25 bz
do. Pol.-Sch.-O.	4	
do. do. kleine	4	77 75 bz
Poln. Pfdb. III. E.	5	62 25 bz G
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	54,90 bz B
Türk. Anl. v. 1865	5	8,20 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	24,50 G

*) Wechsel-Course.

Wechsel-Course	
Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,55 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,75 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,43 bz
do. do. 3 M.	20,33 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,25 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	4,18 G
do. do. 100 F. 2 M.	102 10 G
Wien öst. Währ. 8 T.	168,60 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	167 50 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	203,25 bz
do. 100 Rub. 3 M.	202 75 bz
Warschau 100 R. 8 T.	203,00 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, f. Lombard 5 pCt., Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 2½ Frankfurt a. M. 4½, Hamburg—, Leipzig—, London 3, Paris 2, Petersburg 6, Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Bank- und Credit-Aktien		
Badische Bank.	4	104.00 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	35,00 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	45,00 bz G
Berliner Bankverein.	fr.	38,00 G
do. Comm.-B. See	fr.	113,00 B
do. Handels-Ges.	4	64 20 G
do. Kassen-Verein.	4	146,10 G
Breslauer-Disc.-Bk.	4	59 25 B
Centralbk. f. Bauten	4	4,30 B
Centralbk. f. Ind. u. H.	fr.	70,60 bz G
Cent.-Genossensch.-B.	fr.	11,50 G
Chemnitzer Bank-B.	4	76,75 bz
Coburger Credit-B.	4	68,50 bz G
Cöln. Wechslerbank	4	67,00 bz B
Danziger Bank	fr.	27,00 bz
Danziger Privatbank	4	103,25 G
Darmstädter Bank	4	107 00 bz
do. Zettelbank	4	97,00 G
Dessauer Creditbank	4	59,00 B
do. Landesbank	4	109,00 bz G
Deutsche Bank	4	91,40 bz
do. Genossensch.	4	87,00 bz B
do. Hyp.-Bank	4	89,40 B
do. Reichsbank	4½	
do. Unionbank	fr.	17,00 G
Disconto-Comm.	4	116,10 bz
do. Pro.-Discont.	4	
Geraer Bank	4	75,00 bz B
do. Handelsbank	4	47,50 bz
Gew.-B. H. Schuster	fr.	
Gothaer Privatbank	4	86 00 G
do. Grundcreditbk.	4	101,10 bz G
Hypothek. (Hübner)	4	93 00 bz
Königsb. Vereinsbank	4	83 00 bz G
Leipziger Creditbank	4	103,50 bz G
do. Discontobank	4	60,00 B
do. Vereinsbank	fr.	
do. Wechselbank	fr.	44 50 bz G
Magdeb. Privatbank	4	105,25 B
Mecklenb. Bodencredit	4	63 50 bz
do. Hypoth.-Bank	4	60,50 bz
Meininger Creditbank	4	73 75 bz B
do. Hypothekenbk.	4	93 00 G
Niederlausitzer Bank	4	79,75 bz G
Norddeutsche Bank	4	135 G
Nordd. Grundcredit.	4	71,75 G
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	fr.	
Ostdeutsche Bank	fr.	
Posener Spritactien	4	41,00 G
Petersb. Discontobank	4	102,00 G
do. Intern. Bank	4	89 00 G
Posen. Landwirthsch.	4	49,00 G
Posener Prov.-Bank	4	102 20 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodencredit	4	94,90 bz
do. Centralboden.	4	116,50 G
do. Hyp. Spielh.	4	120 00 G
Product.-Handelsbank	4	81 75 G
Provinz.-Gewerbebk.	4	19,50 B
Rittersch. Privatbank.	fr.	0,50 B
Sächsische Bank	4	103,80 G
do. Bankverein	fr.	
do. Creditbank	fr.	104.75 B
Schaaffhaus. Bankv.	4	53 25 bz G
Schles. Bankverein	4	79 25 G
Schles. Vereinsbank	fr.	51 00 G
Südd. Bodencredit	4	111,00 bz B
Thüringische Bank	fr.	
Vereinsbank Quistorp	fr.	0,10 G

Industrie-Actien.

Industrie-Actien		
Brauerei Patzenhofer	4	95,00 G
Dannenb. Kattun	4	17,50 B
Deutsche Baugef.	4	60 60 G
Deutsch. Eisenb.-Bau.	4	5,60 G
Dtsch. Stahl- u. Eisen.	4	
Donnersmarckhütte	4	22,00 G
Dortmunder Union	4	6,80 bz
Egell'sche Masch.-Act.	4	13,25 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	10,50 G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Nähm.	4	
Gelsenkirch.-Bergw.	4	85 50 bz G
Georg-Marienhütte	4	65 00 B
Hibernia u. Shamr.	4	42 50 bz
Immobilien (Berl.)	4	71.00 G
Kramsta, Leinen-F.	4	56,25 G
Lauchhammer	4	17,75 B
Laurahütte	4	73 50 B
Luise-Tiefbau-Bergw.	4	19 25 bz B
Magdeburg. Bergw.	4	119,00 G
do. Spritfabrik	4	
Marienhütte Bergw.	4	52,00 bz G
Massener Bergwerk	4	
Menden u. Schw. B.	4	51,00 G
Oberschles. Eis.-Bed.	4	31,10 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A.	4	42,50 B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	25,00 B
Redenhütte	4	2,00 bz G
Rhein.-Nass. Bergwerk	4	80,50 bz G
Rhein.-Westfäl. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	10.75 G
Union-Eisenwerk	fr.	0,60 G
Unter den Linden	4	14,50 G
Berl. Bau-B.	fr.	65,00 G
Westend (Quistorp)	fr.	
Wissener Bergwerk	4	
Wöhlert Maschinen	4	8,00 G

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Eisenbahn-Stamm-Actien		
Aachen-Mastricht	4	18,75 bz
Altona-Kiel	4	127,00 G
Bergisch-Märkische	4	73,9[illegible] bz
Berlin-Anhalt	4	87,75 bz
Berlin-Dresden	4	8 50 bz G
Berlin-Görlitz	4	14,25 bz
Berlin-Hamburg	4	173,75 G
Berliner Nordbahn		
Brl.-Potsd.-Magdeb.	4	75 25 bz
Berlin-Stettin	4	103,40 bz B
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	66,00 bz B
Cöln-Minden	4	94,50 bz
do. Litt. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	13 80 bz G
Hann.-Altenbeken	4	10,50 bz B
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	18,00 bz
Magd.-Halberstadt	4	1[illegible]6,00 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Litt. B.	4	
Münster-Hamm	4	
Niederschles.-Märkisch	4	97,00 bz G
Nordhausen-Erfurt	4	18 75 bz
Oberschl. Litt. A.u.C.	3½	21 25 bz G
do. Litt. B.	3½	114 50 bz G
do. Litt. E	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	37,50 bz G
Pomm. Centralbahn	fr.	
Rechte Oder-Uferbahn	4	98,30 bz
Rheinische	4	105,60 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	93,20 bz
Rhein-Nahebahn	4	8,90 bz
Stargard-Posen	4½	100 60 bz G
Thüringische	4	111 75 bz G
do. Litt. B. v. St. gar.	4	90 25 bz G
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	100,25 bz G
Weimar-Geraer	4½	35,70 bz
Albrechtsbahn	5	15,20 bz B
Amsterdam-Rotterd.	4	114 50 bz
Aussig-Teplitz	4	132,75 G
Baltische	5	
Böhm. Westbahn	4	73 75 bz
Brest-Grajewo	4	39,00 bz B
Brest-Kiew	4	58,25 bz
Dux-Bodenbach	4	14,40 G
Elisabeth-Westbahn	5	69 75 bz
Kaiser Franz Joseph	5	51,75 bz G
Galiz. (Karl Ludwig)	5	103 00 bz
Gotthard-Bahn	fr.	43 75 bz
Kaschau-Oderberg	5	42,75 bz
Ludwigsh.-Bexbach	4	
Lüttich-Limburg	4	16,50 bz G
Mainz-Ludwigshafen	4	
Oberhess. v. St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsbahn	4	
do. Nordwestbahn	5	182,50 bz
do. Litt. B.	5	69,00 bz G
Reichenb.-Pardubitz	4½	32 75 bz
Kronpr. Rudolfsbahn	5	48,00 bz G
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	24,40 bz
Russische Staatsbahn	5	112,10 bz B
Schweizer Unionbahn	4	6,25 bz G
Schweizer Westbahn	4	16 25 bz
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	33 75 bz G
Vorarlberger	5	45,75 B
Warschau-Wien	4	155,00 B

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Eisenbahn-Stammprioritäten		
Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	21 50 bz G
Berlin-Görlitzer	5	35,00 bz G
Berliner Nordbahn	fr.	
Breslau-Warschau	4	
Chemn.-Aue-Adorf	fr.	37,00 G
Crefeld-K. Kempen	5	
Gera-Plauen	fr.	
Halle-Sorau-Guben	5	34,50 bz
Hannover-Altenbek.	5	23,25 G
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	77 50 bz G
Magdeb.-Halberst. B.	3½	68,60 bz
do. do. C.	5	99 00 bz G
Münster-Enschede	5	
Nordhausen-Erfurt	5	39,10 bz G
Oberlausitzer	5	
Ostpreuß. Südbahn	5	85,00 G
Rechte Oderufer-Bahn	5	107 00 bz G
Rheinische	4	
Rumänische	8	71,75 bz G
Saalbahn	5	15,00 G
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	
Weimar-Geraer	5	

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen		
Aach.-Mastricht	4½	92,00 G
do. do. II.	5	99,50 bz G
do. do. III.	5	98,00 G
Berg.-Märkische I.	4½	101,00 G
do. II.	4½	101,00 G
do. III. v. St. g.	3½	85 80 B
do. do. Litt. B.	3½	85,80 B
do. do. Litt. C.	3½	78,50 bz
do. IV.	4½	
do. V.	4½	99,75 G
do. VI.	4½	99,75 G
do. VII.	5	103,10 bz
Aachen-Düsseldorf I.	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II.	4½	
do. Dortmd.-Soest	4	92,00 G
do. do. II	4½	98,50 G
do. Nordb. Fr. W.	5	103,30 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	100,50 bz
do. Litt. C.	4½	99 40 bz G
Berlin-Görlitz	5	109,80 G
do. do. Lit. B.	4½	89,75 G
Berlin-Hamburg	4	94,50 G
do. do. II.	4	94,50 G
do. do. III.	5	103,00 bz G
Berl.-Potsd.-M. A.B.	4	93,00 G
do. do. C.	4	92,50 G
do. do. D.	4½	99.00 B
do. do. E.	4½	98,50 G
Berlin-Stettin I.	4½	101,00 G
do. do. II.	4	93 50 B
do. do. III.	4	93,50 B
do. IV. v. St. g.	4½	102,10 G
do. VI. do.	4	93,25 bz G
do. VII.	4½	99,10 bz G
Bresl.-Schw.-Freibg.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	96,25 bz B
do. do. Litt. H	4½	
do. do. Litt. I.	4½	94,50 bz
Cöln-Minden IV.	4	94,25 bz
do. do. V.	4	92 3[illegible] B
do. do. VI	4	99,60 B
Halle-Sorau-Guben	4½	101,40 bz
do. do. C	4½	101,40 bz
Hannov.-Altenbek. I.	4½	97,00 G
do. do. II.	4½	93,75 G
do. do. III.	4	95,[illegible] G
Märkisch-Posener	5	102,00 G
Magdeb.-Halberstadt	4½	100.00 G
do. do. de 1865	4½	99,50 G
do. do. de 1873	4½	98,75 bz B
do. Leipzig	4½	101,25 bz G
do. do.	4	87,90 bz G
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	74 50 B
Niederschles.-Märk. I.	4	96,90 G
do. II. à 62½ Thlr.	4	95,25 G
do. Obl. I. u. II.	4	96,90 B
do. do. III. conv.	4	
Nordhausen-Erfurt I.	5	97,00 bz B
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	85,50 B
do. F.	4½	
do. G.	4½	
do. H.	4½	101,20 bz G
do. v. 1869	5	101,00 bz G
do. v. 1873	4	91,40 G
Oberschles. v. 1874	4½	99,70 B
do. Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	102,90 G
do. Niedschl. Zwgb.	3½	
do. Starg. Pos.	4	93,00 G
do. do. II.	4½	99,60 G
do. do. III.	4½	99,60 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	5	
do. Litt. C.	5	101,75 G
Rechte-Oder-Ufer	5	99,80 B
Rheinische	4	94,25 bz G
do. v. St. gar.	3½	87 00 G
do. von 1858, 60	4½	100,30 bz G
do. von 1862, 64	4½	100,30 bz G
do. von 1865	4½	100,30 bz G
do. 1869, 71, 73	5	103,60 G
do. v. v. 1874 77	5	103,80 B
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	101,70 G
do. II. do.	4½	101,70 G
Schlesw.-Holstein.	4½	100,00 G
Thüringer I.	4	95,10 G
do. II.	4½	
do. III.	4	95,00 G
do. IV.	4½	
do. V.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Ausländische Prioritäten		
Elisabeth-Westbahn	5	69,70 bz B
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	[illegible]6 75 bz
do. do. II.	5	85 30 G
do. do. III.	5	83,25 G
do. do. IV	5	82 25 bz
Lemberg-Czernow. I.	5	65,20 G
do. II.	5	65,00 bz
do. III.	5	59 70 bz G
do. IV.	5	56 90 bz
Mähr.-Schles. Grzb.	fr.	[illegible]6,50 bz
Mainz-Ludwigsbahn	5	
do. do.	5½	
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	329,50 bz
do. Ergänzungsn.	3	300 50 bz B
Oesterr.-Franz. Stsb.	5	95.25 G
do. II. Em	5	95 25 G
Oesterr. Nordwestb.	5	74 75 bz G
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	66 20 bz
do. Geldpriorität.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	[illegible]6 30 bz
do. do. 1869	5	63,00 bz
do. do. 1872	5	62,70 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	69,40 bz
Reichenb.-Pardub.	5	63,00 bz
Südösterr. (Lomb.)	3	234 50 bz
do. do. neue	3	234,60 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	78,25 bz
Baltische, gar.	5	82,50 bz
Brest-Grajewo	5	74,25 bz G
Charkow-Asow. g.	5	
do. in Lstr. à 20.40	5	
Charkow.-Krementsch.	5	83,25 bz
Jelez-Orel, gar.	5	82,75 bz
Jelez-Woron., gar.	5	
Koslow.-Woron.	5	90,60 bz
Koslow.-Woron. Obl.	5	74,00 B
Kursk-Chark. gar.	5	85,00 bz B
K.-Chark.-As. (Obl.)	5	74,00 G
Kursk-Kiew, gar.	5	90,75 bz B
Losowo-Sewast.	5	74 00 G
Mosco-Rjäsan, g.	5	98,60 bz
Mosk.-Smolensk	5	85,00 bz
Schuja-Iwanowo	5	83,75 bz G
Warschau-Teresp.	5	
do. kleine	5	86,50 bz
Warschau-Wien II.	5	93,75 G
do. III.	5	91,25 bz
do. IV.	5	82,00 bz G
Zarskoe-Selo	5	75,00 G

Druck und Verlag von W. Decker und Comp. (E. Röstel) in Posen.